Deutscher Bundestag **Drucksache 16/7515**

16. Wahlperiode 12. 12. 2007

Beschlussempfehlung und Bericht

des Auswärtigen Ausschusses (3. Ausschuss)

zu dem Antrag der Abgeordneten Kerstin Müller (Köln), Winfried Nachtwei, Jürgen Trittin, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Drucksache 16/4407 –

Keine militärische Eskalation gegenüber dem Iran – Konflikt um das Atomprogramm mit Verhandlungen lösen

A. Problem

Der Konflikt um das iranische Atomprogramm ist von erheblicher internationaler Bedeutung. Dies ergibt sich nicht nur aus der Besorgnis über eine nukleare Aufrüstung des Iran und einer daraus resultierenden Bedrohung für die regionale Stabilität, sondern auch aus der Relevanz des Konfliktes für die Zukunft des Nichtverbreitungsvertrages. Die Weltgemeinschaft steht vor der Herausforderung, einen Missbrauch von Atomenergie für militärische und terroristische Zwecke effektiv zu verhindern.

Im Falle des Iran ist es trotz vielfältiger Bemühungen nicht gelungen, das Land zum Verzicht auf die Urananreicherung und zur Zulassung hinreichender Kontrollen durch die Internationale Atomenergieorganisation (IAEO) zu bewegen. Die internationale Gemeinschaft hat darauf mit der in der Sicherheitsratsresolution 1737 enthaltenen Sanktion reagiert. Beachtet werden sollte aber auch, dass im Iran angesichts der Besorgnis über eine dauerhafte Isolation des Landes verstärkt über die zukünftige Politik in der Atomfrage debattiert wird. Dies zeigt, dass nach wie vor Raum für aktive diplomatische Bemühungen besteht. Dagegen könnten sich militärische Drohungen seitens der USA kontraproduktiv auswirken.

Vor diesem Hintergrund sollte der von den EU-3 begonnene Verhandlungsprozess zur Verhinderung einer iranischen Atombombe auf Basis des umfassenden internationalen Verhandlungsangebots vom Juni 2006 parallel zu den Sanktionen der UN-Resolution 1737 konsequent weiterverfolgt werden. Weiterhin sollten alle diplomatischen und vertrauensbildenden Mittel ausgeschöpft werden und die Geschlossenheit der internationalen Gemeinschaft gewahrt werden. Gegenüber den USA sollte in diesem Zusammenhang deutlich gemacht werden, dass ein militärischer Eskalationskurs kontraproduktiv und somit zu vermeiden ist.

Darüber hinaus sollten dem Iran Anreize für eine Verhandlungslösung – beispielsweise Sicherheitsgarantien der USA und eine Aufhebung des Wirtschaftsboykotts – geboten werden. Auch die iranischen Sicherheitsinteressen sollten

ernst genommen werden. Ferner erscheint es geboten, durch einen verstärkten Dialog mit der iranischen Zivilgesellschaft nationalistischen Mobilisierungsversuchen der iranischen Führung entgegenzuwirken. Generell sollten das Nichtweiterverbreitungsregime gestärkt, die Urananreicherung und die Wiederaufarbeitung internationalisiert sowie unter Kontrolle der IAEO gestellt werden und der Missbrauch von Atomenergie verhindert werden.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

C. Alternativen

Keine

D. Kosten

Keine

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

den Antrag auf Drucksache 16/4407 abzulehnen.

Berlin, den 28. März 2007

Der Auswärtige Ausschuss

Ruprecht Polenz
Vorsitzender

Dr. Karl-Theodor Freiherr zu Guttenberg
Berichterstatter

Dr. Rolf Mützenich
Berichterstatter

Dr. Werner Hoyer
Berichterstatter

Dr. Norman Paech
Berichterstatter

Kerstin Müller (Köln)
Berichterstatterin

Bericht der Abgeordneten Dr. Karl-Theodor Freiherr zu Guttenberg, Dr. Rolf Mützenich, Dr. Werner Hoyer, Dr. Norman Paech und Kerstin Müller (Köln)

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 16/4407** in seiner 82. Sitzung am 1. März 2007 in erster Lesung beraten und zur federführenden Beratung dem Auswärtigen Ausschuss, zur Mitberatung dem Rechtsausschuss und dem Verteidigungsausschuss überwiesen.

II. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Rechtsausschuss** hat den Antrag in seiner 55. Sitzung am 28. März 2007 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung.

Der **Verteidigungsausschuss** hat den Antrag in seiner 41. Sitzung am 28. März 2007 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung.

III. Beratung im Auswärtigen Ausschuss

Der **Auswärtige Ausschuss** hat den Antrag in seiner 38. Sitzung am 28. März 2007 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung.

Berlin, den 28. März 2007

Dr. Karl-Theodor Freiherr zu Guttenberg
Berichterstatter

Dr. Rolf Mützenich
Berichterstatter

Dr. Werner Hoyer
Berichterstatter

Dr. Norman Paech
Berichterstatter

Kerstin Müller (Köln)
Berichterstatterin

Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Amsterdamer Str. 192, 50735 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Telefax (02 21) 97 66 83 44
ISSN 0722-8333